Abend-Ausgabe Nr. 493 Mittwoch, 19. Oktober 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,86 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Fliegengeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vor offenen Kriegshandlungen in Palästina

Großangriff des Militärs auf die Altstadt von Jerusalem

Jerusalem, 19. Oktober.

Die Regierung hat heute morgen einen Aufruf erlassen, in dem verkündet wird, daß militärische Maßnahmen gegen die eingeschlossenen aufständischen Araber in der Altstadt bevorstehen. Die Bevölkerung der anderen Stadtteile ist ersucht worden, aus diesem Anlaß die Häuser heute nicht zu verlassen. Die Straßen sind bereits seit den frühen Morgenstunden menschenleer.

Mit Spannung und Besorgnis sieht man den militärischen Maßnahmen entgegen. Man befürchtet, daß bei dem Angriff der Truppen auf die Altstadt infolge des Widerstandes der eingeschlossenen Araber mit blutigen Vorfällen gerechnet werden muß. Die Schulen und die Läden sind geschlossen, auf den Straßen ist nur Militär zu sehen.

Die Truppen, die die Altstadt frühmorgens systematisch umzingelt haben, haben von allen Toren aus das Eindringen in die Altstadt eingeleitet. Unablässig kreuzen Flugzeuge in niedriger Höhe über dem Operationsgebiet, während in den übrigen Teilen der Stadt und in den Vororten englische und jüdische Polizisten die Straßen abgeriegelt haben. Die Zufahrtsstraßen zur Altstadt sind durch starke Drahtverhaue und MG.-Nester gesichert.

In Jerusalem halten die Schießereien nach wie vor an. Das Tag- und Nachtausgehverbot, von dem bekanntlich nur die Altstadt betroffen war, ist jetzt auch über den Gebietsstreifen auf 100 Meter Entfernung längs der Altstadtmauer verhängt worden. In der Altstadt wurden durch Schüsse des Militärs und der Polizei ein Araber getötet und ein junger Araber, ein Mädchen und ein Kind verwundet. In Jaffa wurde ein Jude erschossen. In Akko in Nordpalästina sind Postbeamte überfallen worden, wobei größere Briefmarkenwerte geraubt wurden.

Amtlich wurde bekanntgegeben, daß der britische Oberkommissar den Oberbefehlshaber der englischen Truppen in Palästina bevollmächtigt hat, militärische Bezirkskommandanten in Palästina zu ernennen. Diese sollen die Aufgabe haben, die erforderlichen Maßnahmen für die Verteidigung und die Sicherheit im Lande zu ergreifen.

Chamberlain nach London zurückgekehrt

Auseinandersetzung der „Times" mit den Feinden des Premierministers

London, 19. Oktober.

Ministerpräsident Chamberlain ist heute morgen kurz nach 7 Uhr von seinem Urlaub in Schottland nach London zurückgekehrt.

Gegen alle diejenigen, die in letzter Zeit die Friedenspolitik Chamberlains, insbesondere wegen seines Münchner Abkommens, angegriffen haben, wendet sich am Mittwoch die „Times". Die Feinde der Politik Chamberlains, so schreibt das Blatt, könne man in drei Kategorien einteilen. Noch am logischsten seien diejenigen, die sich für einen Präventivkrieg einsetzten. Diese glaubten also noch an Machtpolitik und hätten nichts von 1914 und 1919 gelernt. Ihnen könne man antworten, daß sie genau das erreicht haben würden, was Chamberlain verhinderte, nämlich einen Weltkrieg.

Die zweite Kategorie vertrete die Lehre des Prestiges. Bezeichnend für sie sei, daß sie das Münchner Abkommen als eine entehrende „Kapitulation vor Drohungen" hinstelle. Selbstverständlich, so meint die „Times", würde es besser gewesen sein, wenn man das dem deutschen Volke durch die Grenzen von Versailles zugefügte Unrecht wieder gutgemacht hätte, während Deutschland noch verhältnismäßig schwach gewesen sei. Jetzt aber eine Wiedergutmachung einfach zu verweigern, weil Deutschland stark genug geworden sei, würde die Zukunft Europas wegen der in der Vergangenheit gemachten Fehler noch mehr gefährden.

Die dritte Kategorie seien diejenigen, die behaupten, daß Chamberlains Versöhnungspolitik gegenüber Deutschland auf nichts anderes abziele, als auf eine Allianz mit den „faschistischen Staaten" gegen Sowjetrußland. Diese wiesen besonders darauf hin, daß man Sowjetrußland in München nicht gefragt habe. Dafür gebe es nur eine Antwort, so meint die „Times", nämlich die, daß „Sowjetrußland nicht am tschechischen Streit beteiligt gewesen sei".

Abschließend erklärt das Blatt, Chamberlain habe sich mit Problemen befaßt, die ein Ergebnis des Werkes von Versailles und der Pläne zur Einkreisung Deutschlands gewesen seien. Dieses ganze System, dessen Haltlosigkeit man mittlerweile eingesehen habe, sei in den vergangenen Jahren trotzdem aufrechterhalten worden, und zwar nicht von der britischen Regierung, sondern von anderen Mächten. Chamberlain habe mit dieser traurigen Erbschaft aufgeräumt.

Frankreich will 5000 Flugzeuge bauen

Die Gewerkschaften gegen Erhöhung der Arbeitszeit – Vor ernsten Auseinandersetzungen

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Paris, 19. Oktober.

Es gibt in Frankreich gegenwärtig kein Thema, das in der Presse stärker behandelt würde, als das Programm für den Flugzeugbau. Obwohl die Regierung amtlich keine Ziffern genannt hat, ist man stillschweigend übereingekommen, eine Ziffer von 4000 bis 5000 Militärflugzeugen aller Art als das Mindestmaß dessen zu betrachten, was Frankreich sofort oder doch spätestens in zwei Jahren zur Aufrechterhaltung seiner Großmachtstellung unbedingt braucht. An Krediten wird sicherlich nicht gespart werden, und ein wesentlicher Teil der Besprechungen, die der Ministerpräsident Daladier seit dem 5. Oktober nahezu ununterbrochen mit seinen Mitarbeitern abhält, ist der Frage gewidmet, wie diese Milliardenbeträge sichergestellt werden können. Auch in technischer Beziehung scheint man ziemlich viel vorbereitet zu haben. So ist etwa eine Milliarde Franken für eine zweckmäßigere Gestaltung der Fabrikationsvorgänge und für die Verlegung wichtiger Motorenfabriken von der Ostgrenze Frankreichs weg ausgegeben worden. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden zur Fertigstellung eines Flugzeuges soll gegenüber früher auf etwa die Hälfte heruntergedrückt worden sein.

Während so die französische Regierung mit Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der öffentlichen Meinung am Ausbau der Luftstreitkräfte arbeitet, suchen ihr die Kommunisten in die Arme zu fallen. Die kommunistischen Streikheber in den Gewerkschaften suchen die Arbeiter in den Motorenfabriken zu veranlassen, nur 40 Stunden in der Woche statt 45 zu arbeiten. Die Regierung ist entschlossen, diesem Treiben notfalls mit militärischer Gewalt entgegenzutreten. Aber es kann unter Umständen zu ernsten Auseinandersetzungen kommen, da die kommunistisch beeinflußte Pariser Gewerkschaftsleitung für Sonnabend eine Massenversammlung einberufen hat, in der die Arbeiterschaft zu weiteren Forderungen aufgeputscht werden soll. Die Presse der Rechten weist bei diesem Anlaß wieder darauf hin, daß ein Großteil der kommunistischen Streikheber ausländischen Ursprungs ist und fordert ein energisches Einschreiten.

Eine ähnliche Feststellung wird übrigens am Dienstagabend in der rechtsstehenden „Liberté" hinsichtlich der Schriftleitungen der französischen Marxistenblätter getroffen, die mit so großem Vergnügen alle Lügenmeldungen über Deutschland abdrucken, von denen jetzt erst wieder Außenminister Bonnet so energisch abrückte. Die Erwähnung der Namen Levy und Grumbach, der beiden Leute, die die außenpolitische Richtlinie des sozialdemokratischen „Populaire" zu bestimmen haben, dürfte in dieser Hinsicht wohl genügen. An Stelle einer allgemeinen Anwendung von Zensurmaßnahmen fordert die „Liberté", daß man gegen die marxistischen Nutznießer der französischen Pressefreiheit einschreite.

„Danzig ist ein deutscher Staat"

Gauleiter Forster über die politische Situation Danzigs – Das Verhältnis zu Polen

Eigenbericht der Dresdner Nachrichten

Danzig, 19. Oktober.

Im Mittelpunkt der Gauarbeitswoche der NSDAP in Danzig stand eine Führertagung, auf der der Gauleiter von Danzig, Albert Forster, die Richtlinien für die politische Arbeit in Danzig gab. In seinen Ausführungen über die politische Lage Danzigs hob der Gauleiter hervor, daß es heute keine Instanz außerhalb Danzigs gibt, die uns daran hindern könnte, über unsere Angelegenheit selbst zu bestimmen. Mit Nachdruck stellte er fest: „Wir sind ein deutscher Staat, mit deutschen Menschen, mit deutschen Gesetzen, mit deutscher Wirtschaft, mit deutscher Kultur, mit deutscher, vor allem nationalsozialistischer Lebensauffassung. Wir gehören auch zu keinem anderen Staat, der über uns bestimmen könnte, sondern wir haben selbst unser Schicksal in der Hand. Da wir freiwillig und mit Begeisterung unser Schicksal in die Hand des Führers legen, hat Adolf Hitler allein über uns zu bestimmen."

Dann ging Gauleiter Forster auf die Beziehungen zu Polen ein. Er erklärte dabei, daß sich an dem gutnachbarlichen Verhältnis im letzten Jahre nichts geändert habe. Unser Nachbar Polen wird aber mehr und mehr einsehen müssen, daß wir hier unsere Politik, unsere Wirtschaft und alle übrigen Gebiete ganz und gar auf unser Mutterland ausrichten. Der Ausbau der deutschen Stellung in Danzig wird von uns so weit vorwärtsgetrieben, daß ein weiteres Vordringen oder gar ein erneutes Eindringen fremden Volkstums vollkommen aussichtslos wird.

Im Volkstag, so erklärte der Gauleiter, sind die letzten Reste der Parteien verschwunden. Die gesamten deutschen Abgeordneten des Volkstages unterliegen der Weisung der NSDAP. Darüber hinaus wird man den aus Danzig geflüchteten Emigranten, die sich zum Teil an Danzig vergangen haben, die Danziger Staatsangehörigkeit absprechen und den ehemaligen Senatoren durch Gesetz ihren Titel nehmen, um endlich das Kapitel Systemzeit abzuschließen. Diejenigen, die früher das Volk berufsmäßig spalteten, verschwinden immer mehr. 2000 Juden haben in der letzten Zeit Danzig verlassen. Sie haben ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Danzig restlos verloren. Die Einigung der Jugend ist in dem verflossenen Jahr ebenfalls zum Abschluß gekommen. Durch das Staatsjugendgesetz ist die Hitler-Jugend zur Staatsjugend erklärt worden.

Roosevelt zur Rüstungspsychose

Washington, 19. Oktober.

Präsident Roosevelt hat am Dienstag in bezug auf die geplanten riesigen Rüstungen der Vereinigten Staaten erklärt, alle bisherigen Meldungen der amerikanischen Presse über den Umfang der Aufrüstung seien reine Mutmaßungen. Das gelte auch für die Behauptungen von einer Verdoppelung der Armeeflugzeuge auf über 4000. Roosevelt stellte allerdings fest, daß die Ueberprüfung der Notwendigkeit eines erweiterten und neuen Programms der Landesverteidigung gute Fortschritte mache.

Zwei englische Bomber gegeneinander gerast

London, 19. Oktober.

Die britische Luftwaffe wurde am Dienstagabend von einem schweren Flugzeugunglück heimgesucht. Zwei der modernsten Bomber stießen über dem Flugplatz von Dunmow in der Grafschaft Essex zusammen und stürzten brennend ab. Fünf Insassen verbrannten, während ein sechster infolge Versagens seines Fallschirmes zerschmettert in der Nähe der Unglücksstätte aufgefunden wurde. Großes Rätselraten hat ein Zettel hervorgerufen, den man neben einem der beiden abgestürzten Flugzeuge gefunden hat. Auf ihm stand geschrieben: „Wie wird das Flugzeug in ein paar Minuten aussehen?" Man nimmt an, daß es sich um die Notiz eines Bordfunkers handelt.

Prag bestätigt: Benesch geht nach Chikago

Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Prag, 19. Oktober.

Auch der Prager Rundfunk meldet jetzt, daß Expräsident Benesch den ihm angebotenen Posten eines Dozenten an der Universität Chikago angenommen habe. Von der tschechischen Bevölkerung wird die Nachricht gleichgültig aufgenommen. Man glaubt nicht, daß er lange „arbeiten" werde, denn er habe genügend „erspart", um auch so leben zu können.

Bande jüdischer Devisenschieber verhaftet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Oktober.

Der Kölner Zollfahndungsstelle gelang ein großer Schlag gegen ein jüdisches Schieberkonsortium. Ein holländisches jüdisches Ehepaar, das durch seine wiederholten Autofahrten über die Grenze aufgefallen war, wurde festgenommen. Es konnte zu dem Geständnis gebracht werden, daß es weit mehr als hundert Schieberfahrten nach Deutschland unternommen habe, von wo es jedesmal mit großen Werten nach Holland zurückkehrte. Die weiteren Ermittlungen führten dann zur Festnahme von mehr als einem Dutzend Juden aus Westdeutschland und aus Berlin, die auf diese Weise ihr Vermögen ins Ausland verschoben und sich an der Schieberorganisation tätig beteiligten. Dort wurden anfangs Wagen für Schieberfahrten gemietet, bis dann das jüdische Ehepaar auf den Gedanken kam, selbst die Schmuggelfahrten auszuführen. Insgesamt wurden Werte von über eine Million ins Ausland verschoben.

Zum Gedenken an die Lazarettaufnahme des Führers. Am 21. Oktober, an dem Tage, an dem vor 20 Jahren Adolf Hitler nach Pasewalk ins Lazarett kam, findet vor der seit einem Jahre bestehenden Weihestätte eine Feierstunde statt, die von der nationalsozialistischen Frontkämpferorganisation, der NSKOV, durchgeführt wird.